

„Gerichtsentscheid wäre schlechteste Option gewesen“

Wissenschaftsminister Peter Frankenberg zum geplanten Verkauf kostbarer Manuskripte aus der Landesbibliothek

Karlsruhe. Die Landesregierung plant, mit dem Haus Baden einen Vertrag zu schließen, durch welchen der Erhalt des Schlosses Salem gesichert werden soll. Zu diesem Zweck will das Land Kulturgüter im Wert von 70 Millionen Euro zum Verkauf freigeben. Die Objekte sollen samt und sonders aus dem Handschriftenbestand der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe genommen werden. Trotz massiver Proteste von unterschiedlicher Seite hält Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) uneingeschränkt an diesem Vorhaben fest, wie in einem Interview mit unserem Redaktionsmitglied Michael Hübl kenntlich wird.

Die Landesregierung plant, um es sehr knapp zu sagen, dem Haus Baden Kulturgüter im Wert von 70 Millionen Euro zu überlassen. Waren Sie in diese Planungen eingebunden?

Frankenberg: Wichtig ist zu bemerken, dass es sich um Kulturgüter handelt, die nicht eindeutig im Besitz des Landes sind. Wir wollen einen Vergleich schließen, der bedeutet, dass das Haus Baden auf alle Ansprüche verzichtet und gleichzeitig Kulturgüter, die wahrscheinlich gar nicht Eigentum des Landes sind, beim Land verbleiben. Dabei haben wir die Belange von Kunst und Kulturerbe sorgfältig bedacht und haben deshalb in Abwägung aller Aspekte und Interessen, entschieden nach ausführlichen Diskussionen diesem Kompromiss zuzustimmen.

Haben Sie keine Möglichkeit gesehen, die 70 Millionen Euro, mit denen das Land Baden-Württemberg Rechtssicherheit erlangen würde, auf anderem Wege zu erlangen als durch den Verkauf von Kulturgütern? Das wäre doch eine Option gewesen?

Frankenberg: Das wäre eine Option gewesen. Die erste Option ist, wir lassen es darauf ankommen und die Gerichte entscheiden, wem was gehört. Das wäre sicher die schlechteste Option wegen der Verfahrensdauer und wegen des Verlustrisikos bei anderen wertvollen Kulturgegenständen. Die zweite Option wäre, wir machen es so, wie mit dem Haus Baden vereinbart, aber die Mittel fließen aus dem Haushalt und werden nicht durch den Verkauf von Kunstgegenständen aufgebracht. Dazu muss man sagen: Die Haushaltslage ist

nicht so, dass wir das Geld hätten. Wenn ich die Summe nun aus meinem Etat zahlen müsste, dann würde es doch wieder die Kunst treffen, denn wir können das Geld nicht vermehren. Ich kann ja nicht einer Politik das Wort reden, die etwa bei den Theatern spart, um die Mittel für den Erhalt aller Kunstgegenstände aufzubringen.

Das Interview

Das ist aber doch eine enge Sicht. Kunst und Kultur sind doch wohl eine Angelegenheit der gesamten Gesellschaft und nicht an ein Ressort gebunden.

Frankenberg: Wir haben insgesamt einen Haushalt, bei dem wir weit über eine Milliarde einsparen müssen. Da werden andere Ressorts kaum bereit sein, weitere Einsparungen zugunsten des „zuständigen“ Kunst-Ressorts vorzunehmen. Wenn man es realistisch sieht, kämen nach dem normalen Verteilungsschlüssel auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst immerhin noch über acht Millionen Euro zu. Das ist etwas, was wir uns nicht leisten können. Den Hochschulen haben wir einen Solidarpakt zugesagt – denen können wir nicht, gerade bei steigenden Studierendenzahlen, nicht irgendwelche Kürzungen zumuten. Insofern sehe ich für mich diese Alternative nicht.

Bezogen auf die Handschriften sind 70 Millionen Euro eine Menge Geld. Wie wollen Sie auf diese Summe kommen? Angenommen es kommt tatsächlich zu diesem Ausverkauf: Welche Rechenexempel haben Sie bislang angestellt, um sagen zu können, dass Ihre Option überhaupt realistisch ist?

Frankenberg: Wir haben für uns festgelegt, wie wir vorgehen wollen. Ausgeschlossen vom Verkauf sind nach der Baden-Klausel Stücke von essentieller Bedeutung für die Geschichte und die Identität von Baden. Zweitens wird es ein Gremium geben, das die verkaufbaren Stücke definiert. Da wird auch die Landesbibliothek beteiligt sein. Es werden auch

Kunstsachverständige beteiligt, damit wir sicher stellen, dass die Objekte, die einmalig und von grundlegender Bedeutung sind, nicht außer Landes gelangen. Wir haben noch keine detaillierte Kalkulation vorliegen, aber die Schätzungen sind so, dass man auch ohne Verlust der wertvollsten Preziosen auf die 70 Millionen kommt. Stücke wie die Reichenauer Handschrift wird man sicher nicht verkaufen.

Es gibt aber doch ein gewisses Dilemma. Die kostbaren Objekte, sind meist kostbar, weil sie auch bedeutend sind, also wird man die behalten wollen oder behalten müssen. Die weniger bedeutenden bringen aber auf dem Markt nicht soviel. Sie müssten also durch Masse kompensieren, und das hieße wiederum, dass in Karlsruhe ein paar Spitzenstücke verbleiben und alles andere ist weg. Oder Sie verkaufen die Spitzenwerke und haben dann nur noch die weniger bedeutenden Objekte.

Frankenberg: Das ist die Priorität. Nicht so wertvolle Stücke zu verkaufen, und davon dann natürlich mehr. Die Einzelstücke von herausragender Bedeutung für die Kulturgeschichte unseres Landes wollen wir nicht verkaufen. Da sind ja auch gesetzliche Grenzen gesetzt. Es dürfen auch bestimmte Kulturgüter nicht außer Landes gebracht werden.

Sie sind Wissenschaftler, Herr Frankenberg. Schmerzt es Sie nicht, wenn jetzt ganze Ensembles von Bibliotheksbeständen auseinander gerissen werden, die beispielsweise Auskunft geben über das Denken, die Möglichkeiten und das Selbstverständnis einer Epoche?

Frankenberg: Das wissenschaftliche Arbeiten muss man weiter möglich machen. Ich selber habe, bevor ich Naturwissenschaften studiert habe, Geschichte studiert, das Studium abgeschlossen und auch in Archiven gearbeitet: Es ist wichtig, dass alles was für die historische Forschung notwendig ist, elektronisch gespeichert wird und damit für die historische Forschung zugänglich bleiben – von den Stücken, die veräußert werden. Das ist mit der heutigen Technik so möglich, dass man auch ein vollständiges Bild vom Original hat.

PETER FRANKENBERG

Foto: Onuk

Sie sehen in dem Verkauf dieser Kulturgüter keinen Präzedenzfall? Heute verkauft man mittelalterliche Manuskripte, um dem Haus Baden 70 Millionen für den Erhalt von Schloss Salem zu sichern, morgen verkauft man ein Gemälde aus der Staatsgalerie Stuttgart, um eine Schnellverbindung zum Flughafen zu finanzieren?

Frankenberg: Das sehe ich überhaupt nicht. Wir würden diese Vereinbarung ja nicht treffen, wenn es nicht diese umstrittenen Besitzverhältnisse gäbe. Und wenn wir nicht im Gegenzug Besitzsicherheit für ganz wichtige Stücke bekämen. Das ist ein einmaliger Fall, der darauf basiert, dass 1919 keine eindeutigen Regelungen getroffen wurden. Wir beabsichtigen aber keineswegs, zum Stopfen von Haushaltslöchern Kunstgegenstände zu verkaufen, die eindeutig uns gehören.